

Die bevorstehende Erhöhung der Straßenbahntarife.

Erhöhung der Gebühren für Gas und elektrisches Licht.

Wien, 14. Juni.

Morgen findet die Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien in Anwesenheit des ganzen Präsidiums, der Chefs der städtischen Ämter und der Direktoren der Straßenbahn und der Gas- und Elektrizitätswerke statt, um die Vorschläge zur Deckung des vorläufig mit 31 Millionen errechneten Gebärungsabganges im städtischen Haushalte für das kommende Verwaltungsjahr zu beraten. Wir haben bereits gemeldet, daß zur teilweisen Deckung die Kassenbestände und der Rest des 80-Millionen-Kronen-Anlehens herangezogen werden. Für die noch erübrigende unbedeckte Summe und für die mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Monaten zu erwartende Steigerung des Defizits soll durch die von uns bereits angekündigten Tarifierhöhungen vorgesorgt werden.

Bezüglich der Erhöhung für die städtischen Straßenbahnen liegen zwei Anträge vor. Der eine schlägt vor, den derzeitigen Fahrpreis von 22 auf 26 S. zu erhöhen, ein weitergehender Antrag bringt eine Erhöhung auf 30 S. in Vorschlag. Im August des Vorjahres ist bekanntlich der bis damals in Kraft gewesene Tarif von 16 S. auf 22 S. erhöht worden.

Der Stadtrat soll sich mit der Angelegenheit am Dienstag beschäftigen und der Gemeinderat bereits in seiner nächsten Sitzung am Freitag endgültige Beschlüsse fassen. Wie verlautet, werden die neuen Straßenbahntarife am 1. August in Kraft treten.

Ferner wird in der morgigen Obmännerkonferenz beschlossen werden, an die Regierung um Gewährung von Aushilfen heranzutreten und zu verlangen, das Schema der Verzehrungssteuer, das noch ganz auf den im Frieden bestandenen Verhältnissen basiert, den Teuerungsverhältnissen anzupassen.